Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur Fritz Arnhold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 53

Bezugspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.00 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.00 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 13.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 250 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 145 — Sonnabend, den 26. Juni 1920 — 15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Das neue Kabinett ist nunmehr gebildet und wird sich am nächsten Montag dem Reichstage unter Abgabe einer programmatischen Erklärung vorstellen.

*

Der gestern zusammengetretene Reichstag wählte den Mehrheitssozialdemokraten Löbe zum Präsidenten und den Unabhängigen Dittmann zum Vizepräsidenten.

*

Im Reichstag ist ein interfraktioneller Initiativantrag eingegangen, der die Regierung auffordert, eine Sistierung des 10prozentigen Lohnabzuges anzuordnen.

*

Die interparlamentarische Friedenskonferenz, die seit 1914 verschoben worden ist, wurde für das Jahr 1921 nach Stockholm einberufen.

Das endgültige Reichskabinett.

Endlich, nachdem beinahe drei Wochen seit den Wahlen vergangen sind, ist das neue Kabinett, die sogenannte Spa-Regierung fertig. Im Laufe des gestrigen Freitags ist es dem Reichskanzler Fehrenbach gelungen, die endgültige Ministerliste aufzustellen. Sie deckt sich mit der vom Auer Tageblatt bereits gestern veröffentlichten Liste, in der nur der Name des Reichsernährungsministers Hermes noch fehlte. W. T. B. verbreitet folgende Meldung: Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers Fehrenbach folgende Herren ernannt:

Reichsjustizminister (betraut mit der Vertretung des Reichskanzlers): Dr. Heinze,
Reichsminister des Auswärtigen: Simons,
Reichsminister des Innern: Koch,
Reichsfinanzminister: Wirth,
Reichsernährungsminister: Hermes,
Reichspostminister: Giesberts,
Reichsverkehrsminister: Gröner,
Reichswehrminister: Geßler,
Reichswirtschaftsminister: Scholz,
Reichsschatzminister: von Raumer.

Die Besetzung des Wiederaufbauministeriums ist noch vorbehalten. Die Verhandlungen über die Besetzung des Reichsarbeitsministeriums werden in Bälde abgeschlossen sein. Das Kabinett wird am Sonnabend zu seiner ersten Sitzung zusammentreten und sich, entsprechend den Beschlüssen des Seniorenkonvents, am Montag dem Reichstag vorstellen.

Die Vervollständigung des Reichsministeriums.

Die B. Z. hört aus parlamentarischen Kreisen, daß das Reichsarbeitsministerium dem Zentrumsmitglied Pfarrer Dr. Brauns angeboten werden dürfte, der Direktor des katholischen Volksvereins in München-Gladbach ist und in der christlichen Arbeiterbewegung eine große Rolle spielt. Das Wiederaufbauministerium soll gegebenenfalls mit dem Kommerzienrat Böhm-München, Direktor der dortigen Deutschen Bank, besetzt werden, welcher der Bayrischen Volkspartei angehört.

Geßler bietet seinen Rücktritt an?

Wie die Vossische Zeitung meldet, hat Reichswehrminister Dr. Geßler infolge der neuen Ententenote über die Herabsetzung der Reichswehr auf 100 000 Mann gestern vormittag dem Reichskanzler Fehrenbach seine Demission angeboten. Wie dazu von zuständiger Seite mitgeteilt wird, sieht Minister Geßler die durch die neuen Ententenoten geschaffene Lage als außerordentlich ernst an; von einem Rücktrittsgesuch ist jedoch amtlich nichts bekannt.

Fehrenbach und die Sozialdemokraten.

Die Regierungserklärung in der Reichstagssitzung am Montag wird die Anerkenntnis der sozialpolitischen Gesetze der früheren Regierung aussprechen, wie Herr Müller in der gestrigen Sitzung der mehrheitssozialistischen Fraktion mitteilen konnte. Nach dieser Mitteilung sprach sich die Mehrzahl der Redner für eine weitere taktische entgegenkommende Haltung der Mehrheitssozialisten gegenüber dem Kabinett Fehrenbach aus.

Präsidentenwahl im Reichstag.

Der Mehrheitssozialist Löbe Präsident und der Unabhängige Dittmann Vizepräsident.

Vor einer ähnlichen Fülle des Hauses und der Tribünen wie am Donnerstag vollzog sich gestern im Reichstag die Präsidentenwahl. Ein zeitraubendes Geschäft, denn die Wahlen wurden durch Stimmzettelabgabe vorgenommen! Der Namensaufruf schritt nur langsam vorwärts, im Hause ging es laut her und wimmelte es wie ein Bienenschwarm durcheinander. Aber das Vorschreiten jedes Abgeordneten zur Stimmurne gab erwünschte Gelegenheit, die einzelnen Persönlichkeiten noch einmal kurz dem Auge einzuprägen. Der Alterspräsident hatte gute Mühe, die ganze Arbeit lag auf den Schriftführern. Ein gründliches Zählen der Zettel erfolgte, dessen Ergebnis freilich im voraus feststand. Mit der ganzen Logik ihrer politischen Einsicht wählten die Mehrheitssozialdemokraten unter den Konsequenzen der Tatsache, daß sie die stärkste Fraktion des Reichstages sind, sich diejenigen aus, die ihnen passen. 420 Zettel wurden abgegeben. Davon entfallen auf den Abg. Löbe 397, zersplittert waren 6, unbeschrieben 17. Der Gewählte beantwortete die Frage des Alterspräsidenten nach seiner Bereitschaft zur Uebernahme des Amtes bejagend. Er stieg zum Präsidentensessel empor.

Dann wiederholte sich das Spiel von neuem, und zwar dreimal, denn die Stimmung war so wenig verträglich, daß es unmöglich war, die drei Vizepräsidenten in einem gemeinsamen Wahlgang zu wählen. Der Saal leerte sich, denn die neuen Abgeordneten fanden das Spiel allzu ermüdend. Die getroffenen Vereinbarungen wurden nicht so eingehalten, wie es erwünscht schien. Der Unabhängige Dittmann, der als erster Vizepräsident in Aussicht genommen war, erhielt 156 unbeschriebene Zettel, und die Unabhängigen erhoben scharfen Protest gegen eine solche Mißachtung der getroffenen Verabredung. Die Folge des zweiten Wahlganges war, daß auch der dritte und vierte Wahlgang, in denen die Abgeordneten Dr. Bell vom Zentrum und Dietrich von den Deutschnationalen zu Vizepräsidenten gewählt wurden, viele unbeschriebene Zettel brachten, die aber das Wahlergebnis nicht gefährdeten. Dann erfolgte die Wahl der acht Schriftführer nach der bisherigen Art, aber in einem einzigen Wahlgange. Als Schriftführer wurden gewählt die Abgeordneten Fischer (Soz.), Frau Schucht (Soz.), Frau Agnes (Unabh.), Dr. Pfeiffer (Ztr.), Malkewitz (dtschn.), Kempkes (dtsch. Vp.), Beuermann (dtsch. Vp.) und Heile (Dm.). Die nächste Sitzung findet Montag vormittag 11 Uhr statt mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Regierungserklärung; außerdem mehrere Interpellationen.

*

Die Montags-Sitzung.

Nach Mitteilung eines Regierungsvertreters im Aeltestenrat des Reichstages beabsichtigt der Reichskanzler, am kommenden Montag um 11 Uhr das neue Kabinett vorzustellen und eine programmatische Erklärung abzugeben. Am Nachmittag desselben Tages wird dann in einer erneut anberaumten Sitzung Gelegenheit zur Aussprache gegeben, die wegen des katholischen Feiertages am Dienstag erst am Mittwoch weitergeführt werden wird. Da nun endgültig feststeht, daß am 5. Juli die Verhandlungen in Spa beginnen, sollen die Verhandlungen des Reichstages bis dahin abgeschlossen werden.

Was und wie wir zahlen sollen.

W. W. Auf der interalliierten Konferenz zu Boulogne, die Anfang dieser Woche stattfand, ist die Frage der deutschen Wiedergutmachung noch immer nicht endgültig entschieden worden. Nochmals wird sich ein Sachverständigenausschuß, bestehend aus englischen, französischen, italienischen, belgischen und serbischen Sachverständigen in Paris versammeln, um endgültige Vorschläge auszuarbeiten, die dann auf einer nochmaligen interalliierten Konferenz in Brüssel am 2. Juli zum Beschluß vorgelegt werden sollen. Ueber die Deutschland aufzuerlegende Schuldsumme hatten sich England und Frankreich schon vorher dahin geeinigt, daß Deutschland 35 bis 37 Jahre lang eine jährliche Summe von mindestens 3 Milliarden Goldmark zahlen solle. Es kann aber noch keineswegs als sicher angenommen werden, daß der Verband bei einer endgültigen Festlegung der deutschen Schuldsumme beharrt. Die Brüsseler Zeitung Etoile Belge will sogar erfahren haben, daß der Gedanke, die deutsche Schuldsumme festzusetzen, endgültig aufgegeben sei. — Im deutschen Volke herrscht eine erschreckende Unkenntnis, ja fast Gleichgültigkeit gegenüber dem, wie die von unseren Gegnern an uns gestellten Geldansprüche auf unser Leben wirken müssen. 3 Milliarden Goldmark sind nach dem heutigen Stande des deutschen Papiergeldes mehr als 25 Milliarden Papiermark. Eine Zahlung von 25 Milliarden Mark jährlich soll also das Mindeste sein, was wir an das Ausland abzugeben haben! Für den deutschen Inlandsbedarf hat die große Erzbergersche Finanzreform etwa die gleiche Summe aufgebracht oder doch wenigstens errechnet. Um aus der verderblichen Unterschußwirtschaft herauszukommen, die Gehalts-, Pensions- und Rentenansprüche einigermaßen zu befriedigen und darüber hinaus eine großzügige Wirtschafts- und Sozialreform einzuleiten und Kulturprobleme zu fördern, wird eine weitere Reihe von Milliarden im Jahre gebraucht werden. Danach würde das Reich jährlich 60 Milliarden Mark und mehr nötig haben, um seine auswärtigen Verpflichtungen zu erfüllen und dem Aufbau im Innern gerecht zu werden. Es ist völlig ausgeschlossen, daß eine solche Summe von dem durch Krieg und Revolution zerrütteten und ausgemergelten deutschen Volke aufgebracht werden kann.

Unsere Gläubiger im Verbande wollen uns eine große internationale Anleihe vermitteln, mit deren Hilfe wir die Jahresraten an unsere früheren Gegner bezahlen sollen. Wir haben also Schulden mit neuen Schulden zu bezahlen. Die Stellen, bei denen wir die 100 Milliarden-Anleihe aufnehmen sollen, werden in erster Linie die Neutralen sein. Ihnen sollen dafür die deutschen Einkünfte verpfändet werden. Das bedeutet, daß die Reichseinnahmen nicht mehr zur Deckung der gesamten Reichs-Aufwendungen, sondern nur des für die Verbandländer bestimmten Teiles dienen sollen. Jedes unvermeidliche Schwanken der Einnahmen würde dann ausschließlich den inländischen Finanzbedarf treffen. Eine gegenüber heute noch um vieles größere Steuerscheu und Steuerunredlichkeit würde die Folge sein, wenn Aufsichtsorgane fremder Völker den Stock des Steuerbüttels schwingen sollten. Alle Verhandlungen des Verbandes, in San Remo, Hythe, Boulogne, Paris, Brüssel usw. werden später einmal als ein müßiges Gerede blinder Toren erscheinen. Deutschland hat kaum Kraft genug, sich selbst am Leben zu erhalten, und wird lange Zeit brauchen, ehe es Ueberschüsse erwirtschaftet, die es anderen abgeben könnte. Je früher der Verband zu dieser Einsicht kommt, umso besser für ihn, für uns und für die ganze Welt. Diese Einsicht kann dadurch beschleunigt werden, daß hinter den deutschen Vertretern, die in Spa mit den Verbandsmächten verhandeln werden, der einmütige Wille des ganzen Volkes steht, zu leisten was irgend in unseren Kräften steht, nicht aber sehenden Auges ins Verderben zu stürzen und andere in dies Verderben mit hineinzureißen.

Landesversicherungsanstalt.

Was soll aus der Invalidenversicherung werden?

Dem Auer Tageblatt wird geschrieben: Durch das kürzlich veröffentlichte Gesetz über Abänderung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung vom 20. Mai 1920 werden die Renten sowie die Versicherungsbeiträge zwar erhöht, aber eine durchgreifende Besserung bringt dies den Stempel eines Verlegenheitserzeugnisses nur zu deutlich an der Stirn tragende Gesetz nicht, weder für die Versicherten noch für die Versicherungsanstalten. Die Bedürfnisse der höher gelohnten Arbeiter bleiben nach wie vor unbefriedigt. In der höchsten Lohnklasse, die bei einem Jahresarbeitsverdienst von 1150 Mark beginnt, werden demnächst fast alle Versicherungspflichtigen vereinigt sein, auch die, welche 10 000 Mark und mehr im Jahre verdienen. Und was bietet das Gesetz an Leistungen? Nach Erhöhung der Rentenzulagen dem, der die Wartezeit in den untersten Lohnklassen mit Zahlung von im ganzen etwa 40 Mark vollendet hat, eine Rente von jährlich rund 480 Mark, also das Zwölffache der gezahlten Beiträge, dem, der 30 Jahre lang in der höchsten Lohnklasse im ganzen etwa 550 Mark beigesteuert hat, eine Rente von noch nicht 900 Mark, kaum ein Zehntel von dem, was er vielleicht zuletzt verdiente. Eine so eingerichtete Versicherung kann berechtigten Anforderungen nicht genügen.

Zur Deckung der erhöhten Zulagen sind die Wochenbeiträge in den einzelnen Lohnklassen um 72 bis 90 Pf. erhöht worden, während nach den Berechnungen der Versicherungs-Sachverständigen die Erhöhung mehr als 150 Pfg. betragen müßte. Das neue Verlegenheitsgesetz kann daher nicht als ein Abschluß, sondern nur als bescheidene Abschlagszahlung zur Abhilfe der augenblicklichen Notlage der Versicherten wie der Versicherungsanstalten angesehen werden, das baldmöglichst durch ein dauernd befriedigende Verhältnisse schaffendes Gesetz ersetzt werden muß. Der neugewählte Reichstag wird somit eine seiner dringendsten Aufgaben darin zu erblicken haben, daß durch eingreifende Aenderungen, insbesondere durch weitere Erhöhung der Beiträge, durch Aufsetzung höherer Lohnklassen und Einführung höherer Renten für höher gelohnte Versicherte etwas Befriedigendes geschaffen wird. Dabei muß auch die Verschmelzung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung in Erwägung gezogen werden, zumal durch die Einführung der Rentenzulagen die in der Versicherung verbliebenen Arbeiter zugunsten der aus der Versicherungspflicht ausgeschiedenen Angestellten, welche die Versicherung freiwillig fortsetzen, mit rund einer Milliarde belastet werden.

*

Die Erhöhung der Renten in der Invalidenversicherung.

Durch das Gesetz vom 20. v. M. sind die Invaliden-, Kranken- und Altersrenten um monatlich 10 Mark mit Wirkung vom 1. Juli an erhöht worden. Die Empfänger dieser Renten müssen also bei der nächsten Rentenzahlung mit Quittungen erscheinen, die auf die Rente nebst 30 Mark Zulage lauten. Bei den Witwenrenten beträgt die Erhöhung monatlich 5 Mark und die Quittungen müssen demnach auf den Betrag der Rente nebst 15 Mark Zulage lauten. Wenn die Quittungen nicht richtig ausgestellt sind, müssen sich notwendig bei der Auszahlung Weiterungen ergeben. Keinen Anspruch auf diese Rentenerhöhung haben insbesondere die Kriegsbeschädigten und die Kriegshinterbliebenen, die demnächst auf Grund des kürzlich veröffentlichten Reichsversorgungsgesetzes ganz bedeutend höhere Bezüge erhalten als bisher. Sie bekommen aber bis zum Jahresschluß noch die früheren Rentenzulagen. Demnach haben die Kriegsinvaliden die Quittungen wie bisher über den Rentenbetrag nebst 20 Mark Zulage und die Kriegswitwen über den Rentenbetrag nebst 10 Mark Zulage auszustellen. Wenn ihnen auf Grund von Quittungen über einen höheren Zulagenbetrag dieser bei der Post ausgezahlt werden sollte, würde das zuviel